

3/4
**WEGE
ZUR
GEMEINWIRTSCHAFT**

**VON
EMMY FREUNDLICH / WIEN**

KARL ZWING • VERLAGSBUCHHANDLUNG • JENA

A
K
O
2253

B6336

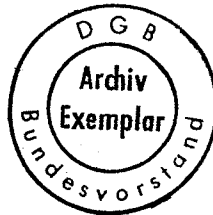
K

WEGE ZUR GEMEINWIRTSCHAFT

VON

EMMY FREUNDLICH

WIEN



AK-0-2253



1928

KARL ZWING * VERLAGSBUCHHANDLUNG * JENA

Das Ziel der Arbeiterklasse.

In den Kämpfen der großen französischen Revolution wurde das Problem der staatlichen Verwaltung das Kampfobjekt zwischen den feudalen Gewalten des alten aristokratischen Systems und der neuen bürgerlichen Gesellschaft, die dem Kapitalismus freie Bahn schaffen mußte. Die Gleichheit des Bürgers vor dem Gesetze, das gleiche Recht aller Bürger zur Teilnahme an der Staatsverwaltung, das war die große, neue Zeit, die der Sturm empörter Volksmassen auf die Bastille eingeleitet hat. Gleiche Freiheit für den Staatsbürger — das war das Ziel der politischen Demokratie, das bürgerliche Ideal, das heute nur den Händen der führenden bürgerlichen Klassen entglitten ist und das deshalb in den meisten Staaten Mitteleuropas erst die aufsteigende Arbeiterschaft verwirklichen mußte. Es war aber ein bürgerliches Ideal, aus der Kraft der jungen Bourgeoisie geboren, das nur die Arbeiterfäuste vollendeten, als die Bürgersöhne den Mut des Idealismus verloren haben. Die neue große geschichtliche Aufgabe ist es, nicht mehr diese politisch-bürgerliche Demokratie zu schaffen, unsere Aufgabe ist es, an die Stelle der autokratischen Wirtschaftsführung wie einst an die Stelle des absolutistischen Staates die Organisation der wirtschaftlichen Demokratie zu stellen.

Wirtschaftliche Demokratie,

das ist das neue und große Ziel, das vor uns steht und das wir verwirklichen müssen, sollen wir die Welt so gestalten, wie wir es wollen müssen, sollen alle frei und gleich an den Gütern der Welt teilnehmen.

Ein Einwand taucht auf! Können wir heute überhaupt aus einem fernen Ziel wirkliches Leben werden sehen, wenn wir nicht die Macht haben, die letzten Voraussetzungen zu erfüllen, die wir erfüllen müssen, soll die kapitalistische Autokratie in demokratische Gemeinwirtschaft verwandelt werden? Gewiß, wir können heute noch nicht

alle Umstellungen durchführen, aber wir können anfangen, die Aufgaben zu sehen, die sich uns entgegenstellen und die Mittel suchen, die zu seiner Verwirklichung führen.

Wir müssen die Wirtschaftsführung neu organisieren,

sie auf eine neue Basis stellen, ihr inneres Leben verwandeln, wie wir ja auch die Funktionen der Demokratie des Staates verwandeln mußten, die wir vorfanden und die uns nicht genügen konnten. Wenn wir eine Bank übernehmen, sie so weiterführen wie bisher und alles in dem Betrieb bestehen lassen wie es ist, dann werden wir nicht die Wirtschaft sozialisieren, sondern die Sozialdemokraten einfach in kapitalistische Funktionäre verwandeln, eine Umwandlung, die wir uns ersparen können, weil wir auf diesem Wege niemals zu einer neuen Wirtschaft kommen werden.

Wirtschaftliche Demokratie ist viel schwerer zu organisieren als politische Demokratie, denn hier finden wir wenigstens die Form; in der Wirtschaft müssen wir die Form erst suchen und müssen erst einmal sehen, welche Ziele wir setzen können und welche Wege wir praktisch und theoretisch suchen müssen. Wir werden ja die neue Wirtschaft nicht heute und nicht morgen vollständig einrichten können. Wirtschaft ist etwas durchaus Organisches, Wirtschaft ist etwas, was wir unbedingt wachsen lassen müssen, was wir nicht mit einem Schlage verändern können und die Formen des Ueberganges sind mannigfache. Heute besitzen wir erst Versuche, erste Formen, wie wir eine neue Wirtschaft organisieren können, keine Vollkommenheiten — dazu sind sie zu jung —, manchmal zu wenig anpassungsfähig, oft nicht getragen von dem Verantwortlichkeitsgefühl, das wir dem Ziel gegenüber haben müssen, aber wir können heute schon versuchen zu experimentieren und die Methoden klarzustellen. Das alte Land der demokratischen Entwicklung, England, hat ein schönes Sprichwort: Jede soziale Bewegung muß solange Fehler machen, bis sie ihre rechten Methoden findet. Wir müssen solange versuchen, bis wir die Formen der Demokratie haben, die wir unbedingt brauchen, wenn wir wirtschaftliche Demokratie schaffen wollen. Das Experiment ist notwendig, auch wenn es fehlgeht, denn ohne das Experiment ist auch die kapitalistische Gesellschaft nicht geworden. Viele tausende kapitalistische Unternehmungen sind zugrunde gegangen und mußten zugrunde gehen, bis man die rechte Form gefunden hatte, um sie lebensfähig zu erhalten. Es würde gar nichts gegen die wirtschaftliche Demokratie, gegen die Sozialisierung beweisen, wenn ein oder der andere Betrieb zugrunde gehen würde; über die Lebensfähigkeit einer neuen gesellschaftlichen Form ent-

scheidet nicht nur die Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft eines Betriebes, sondern ihre dauernde Bewährung. Um diese Bewährung gilt es zu ringen, hier steht vor den Arbeitenden in allen Berufen eine große Aufgabe, hier finden sie ein freies Feld der Tätigkeit, wo noch viele Marschallstäbe zu vergeben sind und wo wir noch sehr viele neue Lorbeeren ernten können.

Wie jede Aufgabe, ist auch diese zweifacher Natur. Wir werden die neuen Versuche, von denen manche alt sind, studieren müssen und wir werden den kapitalistischen Betrieb studieren, ihn gleichsam auf diese eine Aufgabe hin überprüfen müssen, damit wir durch den Gegensatz lernen und vor allem auch die besonderen Forderungen der verschiedenen wirtschaftlichen Aufgaben, die jede Betriebsform zu erfüllen hat, kennen lernen. Die innere Betriebsorganisation wird sehr viele Teilprobleme stellen, sie wird oft schwer mit neuen Formen überhaupt zu vereinbaren sein, der Trust und das Syndikat werden andere Aufgaben stellen als der Handelsbetrieb, der Großbetrieb andere als der Kleinbetrieb. Die entscheidenden Fragen, die sich uns stellen, werden wir im Laufe unserer Ausführungen noch besonders untersuchen, die Lösung der Detailfrage muß jenen überlassen bleiben, die selbst Betriebe leiten und dadurch die Erfahrung sammeln und festsetzen können, welche Schwierigkeiten wir besonders beachten müssen, und wie wir sie besiegen können. Dem oberflächlichen Betrachter stellt sich bei der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft vor allem ein Problem, die Frage der Enteignung. Wie kann ich Privatbetriebe in öffentliche Betriebe umwandeln, wie kann ich mich in den Besitz des Unternehmens setzen? Und doch beginnen selbst hier schon rein betriebstechnische Fragen. Man kann einen Betrieb sehr weitgehend umgestalten, ohne an sein Besitzrecht zu rühren. In den Verhandlungen der Oesterreichischen Sozialisierungskommission war besonders interessant zu beobachten, wie der Kampf gar nicht um die Frage gegangen ist: wem soll der Betrieb fortan gehören?, sondern die schärfsten Kämpfe entstanden, als man über die Verwaltung des Betriebes gesprochen hat. Die Generaldirektion, der allmächtige, allein entscheidende, der mit der berühmten Initiative ausgestattete Leiter, das war das Kampfobjekt, weil gerade die Industriellen sehr wohl wissen — und die Aktiengesellschaften haben es deutlich gelehrt —, es handelt sich gar nicht mehr um die Frage: wem gehört der Betrieb?, sondern: wer hat die Entscheidungen in der Hand? Die Entscheidungsgewalt, das ist es, worauf es vor allem ankommt und die Verteilung dieser Gewalt in dem rechten Maß und nach gesunden Methoden ist eines der wesentlichen Probleme, die uns die Umgestaltung der Wirtschaft stellen wird. Der Einzelunternehmer ist ja schon heute enteignet und der Kollektivbesitz ist vielfach an seine Stelle getreten.

Die praktische Enteignung wird sich in vielerlei Formen vollziehen.

Die eine Form, die vor allem einmal Sozialisten vorgeschwebt hat, die Umwandlung in Staatseigentum, hat ihre besonderen Aufgaben, die die Gemeinde Wien praktisch durchführen konnte. Die Anwendung des § 37 der österreichischen Enteignungsgesetze, die Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Bezugsrechtes bei Neuemissionen zu den Normalkursen hat die Gemeinde in den Mitbesitz großer Betriebsstätten gebracht. Auf dem Wege des Anforderungsrechtes können Staat und Gemeinden Mitbesitzer vieler Unternehmungen werden. Der Kauf wird niemals vollständig ausgeschlossen werden können, weil eine gewaltsame Enteignung in keinem Programm vorgesehen ist, das in den verschiedensten Ländern von staatlichen Kommissionen und sozialistischen Parteien ausgearbeitet wurde. Die Enteignung durch Dekrete hat sich nicht bewährt, vor allem, weil es dabei nicht auf eine einmalige Handlung, sondern auf ein verständnisvolles Eingehen auf besondere Bedürfnisse und Verhältnisse ankommt. Die Gemeinde Wien hat nur ein Interesse an bestimmten Betrieben; alle zu enteignen, nur weil man es vielleicht einmal brauchen könnte, wäre ein verfehltes und gefährliches Spiel. Es gibt sicher Betriebe, deren Enteignung sich gar nicht lohnt, die man einmal vielleicht einfach zugrundegehen lassen wird, weil sie für eine neue Verwaltung nicht leistungsfähig sind.

Noch erfolgreicher als durch die Teilnahme an den privaten Großbetrieben hat sich die Enteignung des Hausbesitzes, der von der Gemeinde Wien durchgeführt wurde, bewährt. Die Kriegswirtschaft hatte Oesterreich ein scharfes Mieterschutzgesetz gebracht und der Hausherr verlor nicht nur das Recht der Kündigung, sondern auch das Recht, den Mietzins der Geldentwertung anzupassen. Er konnte nur die Instandhaltungskosten des Hauses auf die Mieter aufteilen. Eigene Schlichtungskommissionen haben zwischen Hausherren und Wohnparteien vermittelt. Außerdem hebt die Gemeinde Wien von allen, die eine Wohnung haben — und derjenige, der eine Wohnung besitzt, ist reicher als der Wohnungslose —, eine Zwecksteuer ein, die je nach dem Umfang der Wohnung gestaffelt ist, so daß die ärmeren Teile der Bevölkerung eine geringe, die reicheren und die Reichen eine hohe Steuer zu bezahlen haben. Aus dieser Wohnbausteuer hat die Gemeinde Wien in 6 Jahren 35 000 Wohnungen erbaut, sie hat die Siedlungsgenossenschaften unterstützt und ihnen das Geld zum Ausbau ihrer Siedlungen gegeben und hat damit die Herrschaft des Kapitals auf dem Wohnungsmarkt für alle Zeiten übernommen, denn niemand kann mit den Gestehungskosten konkurrieren, die die Gemeinde

hatte, denn Steuergelder brauchen nicht verzinst und nicht amortisiert werden.

Auf demselben Wege einer Zwecksteuer hat die Gemeinde Wien die Wasserkräfte ausgebaut und ein großes Elektrizitätswerk errichtet. Die alten Bezieher des elektrischen Stromes und des Gases mußten mit dem Preise für die Ware auch eine Zwecksteuer entrichten, die die Mittel für die Errichtung neuer Anlagen und damit die Verbilligung des Stromes ergeben haben.

Die Gemeinde Wien hat, trotzdem sie von Sozialdemokraten verwaltet wird, niemals daran gedacht, die Lebensmittelversorgung in die Hand zu nehmen und dort, wo sie durch Anlagen gezwungen war, die sie von der früheren Verwaltung übernommen hatte, hat sie die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine herangezogen. So hat sie mit ihr gemeinsam eine Gesellschaft zur Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Holz und Kohle gegründet, die nicht nur durch die Konsumvereine den Detailverkauf organisiert, sondern die auch den gesamten Heizmaterialbedarf der Schulen, Amtsgebäude, der Betriebe und Unternehmungen der Gemeinde zu besorgen hat. Ebenso wurde gemeinsam von beiden Organisationen die Wiener Fleischbänkegesellschaft errichtet, die die Fleischversorgung gemeinsam für alle Konsumenten, die organisierten und nichtorganisierten, besorgt. Eine Gesellschaft, die nur errichtet wurde, weil die frühere Stadtverwaltung eine große privatwirtschaftliche Aktiengesellschaft übernommen hatte, die nun weitergeführt werden mußte. Sonst hätte die Gemeinde Wien auch diese Versorgung nicht durchgeführt, weil sie der Ueberzeugung ist, daß diese Aufgabe den Konsumgenossenschaften vorbehalten werden soll.

Die Lebensmittelversorgung ist von den individuellen Wünschen und Forderungen des Einzelkonsumenten abhängig und die staatliche Wirtschaft im Kriege hat gezeigt, daß der Konsument nur schwer zu bewegen ist, den öffentlichen Körperschaften, von denen er Fürsorge fordert, die notwendigen Preise zu zahlen. Deshalb setzt sich heute in allen Arbeiterparteien die Erkenntnis durch, daß die Lebensmittelversorgung besser der Selbsthilfe als der Staatshilfe überlassen bleibt. Diese Selbsthilfeorganisation ist aber eine sehr wichtige Waffe auf dem Wege der friedlichen Enteignung. Wenn die Hausfrauen ihre Einkäufe im Laden ihrer Konsumgenossenschaft decken, verhindert sie die Bildung von privaten Kapital. Sie sozialisieren, indem sie die Neubildung von kapitalistischen Betrieben hindern und an ihrer Stelle gemeinwirtschaftliche Betriebe aufbauen helfen. Der Massenkonsum ist heute eine der Quellen, aus denen Reichtum entsteht, und eine der wesentlichen Grundlagen für die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung. Diesen Massenkonsum haben aber die Massen

selbst in der Hand, und sie können hier enteignen, ohne Gesetz und ohne staatliche Macht. Auch die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hat nun in ihrem neuen Sozialisierungsprogramm den Gemeinden die Sozialisierung von Wohnungsbau, Transport, Gas und Elektrizität zugewiesen und den Konsumgenossenschaften die Versorgung des täglichen Bedarfes.

Die gewaltsame und plötzliche Enteignung aller Betriebe hat sich in Rußland als eine Aufgabe erwiesen, die kaum zu lösen ist. Die heutige Wirtschaft ist nicht organisiert und wir müssen sie zuerst organisieren, bevor wir einfach durch Dekrete enteignen können, ohne die größten Schwierigkeiten für die gesamte Bevölkerung herbeizuführen. Vor allem fehlen uns für dieses Experiment die Organe. Die bürokratische Verwaltung, die sich bei den Monopolbetrieben nicht bewährt hat, denn ein Betrieb ist kein Ministerium und die ministeriell-bürokratische Verwaltungsmethode ist vielleicht für die staatliche Verwaltung nicht die rechte Grundlage, wie viel weniger ist sie es für die betriebstechnische! Es gibt Aufgaben, die nur die Allgemeinheit lösen kann und die nur gelöst werden können, wenn sie von der Allgemeinheit verwaltet werden. Die elektrische Kraft, Kohle und Wald, Eisenbahn und Schifffahrt, die grundlegenden Einrichtungen und die wertvollsten Rohstoffe dürfen niemand gehören als der Allgemeinheit. Allerdings dürfen sie nicht in der Form verwaltet werden, wie es die Bürokratie bisher getan hat. Der Wunsch, den Arbeitern und Angestellten ihr Mitverwaltungsrecht zu sichern, wird, je stärker der politische Einfluß der Arbeiterklasse wird, um so weniger überhört werden können und sie werden größere Vollmachten erhalten müssen als die Betriebsräte sie allgemein heute besitzen. Denn Mitverwaltung heißt auch Mitentscheidung über die Verwaltung selbst und die steht heute den Betriebsräten nicht zu. Auch die Konsumenten werden verlangen müssen, daß ihnen ein starker Einfluß auf alle öffentlichen Betriebe gesichert bleibt. In Frankreich, wo nun ein Syndikat zur Erzeugung von Pottasche und zur Verwertung des Stickstoffes und des künstlichen Düngers errichtet wurde, hat man zum erstenmal versucht, eine zwar komplizierte Beteiligung der Konsumenten an der Verwaltung und am Reingewinn durchzuführen, die auch von der französischen Kammer mit großer Mehrheit genehmigt worden ist. Nur wenn die Produzenten durch die Arbeiter und Angestellten und die Konsumenten vertreten sind, die vor allem die erzeugten Produkte beziehen, kommt es zu dem Ausgleich, den wir für eine gesunde Wirtschaft brauchen, damit Güte und Preis der Produkte im rechten Einklang stehen.

Wir müssen uns natürlich darüber klar sein, daß die kommunali-

sierten und die verstaatlichten Betriebe noch lange nicht die endgültige Form der wirtschaftlich-demokratischen Verwaltung haben, die sie einmal haben werden. Dazu fehlt uns heute vielfach die vorgeschulte Arbeiterschaft, die erst lernen muß, wie sie die neuen Funktionen in einer neuen Wirtschaft auszuüben hat, dazu fehlt uns vielfach die Entwicklung, denn alles, was wir hier schaffen wollen, läßt sich nicht dekretieren, das muß sich entwickeln und braucht seine Zeit. Trotzdem dürfen wir auf dieses Feld der Tätigkeit nicht verzichten, wir müssen versuchen, alles daranzusetzen, damit wir, soweit wir selbst Gebietskörperschaften verwalten, diese zu Trägern der Wirtschaft werden lassen. Der Betrieb, der nicht mehr privatwirtschaftliches Eigentum ist, ist immer und unter allen Formen ein Schritt zur neuen Wirtschaftsorganisation.

Für eine neue Wirtschaftsorganisation, als Grundlage dieser Wirtschaft ist die staatliche Bewirtschaftung wie im Kriege unmöglich, weil sie bürokratisch ist, weil sie vor allem die Mitverwaltung vollständig ausschließt, selbst wenn man noch so viele Beiräte einsetzt. Das Wichtigste ist nicht das Beraten, sondern das Verwalten und die Verwaltung kann nur dann demokratisch gestaltet werden, wenn dem Einzelnen die Mitverwaltung gesichert ist. Deshalb muß jede Gesellschaft ihren Verteilungsapparat aufstellen, sie muß die Form finden, die ihr besonders bestimmt ist, damit sie die erzeugten Waren auch allen zugänglich machen kann. Die kapitalistische Gesellschaft konnte nur eine Form finden, die des freien Wettbewerbes. Der freie Wettbewerb bedeutet heute nichts anderes als Anarchie. Man stelle sich doch vor, wieviel Geld wir heute anstatt für die Erzeugung von Gütern zu verwenden für die Verteilung der Güter verwenden müssen: Mode, Reklame, Reisende, Agenten, kurzum die Fülle an Menschen und Dingen, die wir bezahlen müssen, damit die Ware den Käufer findet, *belastet heute das Sachregiekonto* außerordentlich zuungunsten der Lohnkosten. Wir könnten bedeutend höhere Löhne bezahlen, wenn wir weniger Sachregien für die Verteilung hätten, wenn wir die Waren für den Bedarf und nicht für den Zufall erzeugen würden. Unsere Geldknappheit kommt heute zu einem Teil von den Zwischengliedern, die unsere Waren verteuern und die wir nicht anders aus der Welt schaffen können, als indem wir neue organisierte Formen schaffen, die es ermöglichen, für den Bedarf zu erzeugen und nicht für den Zufall. Unsere wirtschaftlichen Krisen würden sich mildern, unsere Arbeitskräfte könnten rationeller verteilt werden, weil wir die Wirtschaft nur beherrschen können, wenn wir die Produktion und den Konsum in gute Relation bringen. Man darf nicht mehr Ware erzeugen als man braucht, denn nur dann erzeugt man wirklich produktiv, während man sonst ja unproduktive Arbeit leistet. Wieviel

Geld müssen wir heute schaffen, damit wir Geld bei wirtschaftlichen Krisen verlieren können. Rationell ist die kapitalistische Wirtschaft wahrlich nicht organisiert, sondern unrationell.

Eine demokratische Wirtschaft kann nur leben, wenn sie höhere Lebensbedingungen für Produzenten und Konsumenten schafft, wenn sie die anarchischen Formen des freien Verkehrs in geordnete Bahnen leitet und auf diesem gesicherten Grund ihre Wirtschaft aufbaut.

Wie kann ich aber für den Bedarf erzeugen? Genügt es, wenn ich versuche, diesen individuellen Bedarf statistisch zu erfassen und dann nach den Ziffern, die ich gewonnen habe, nun zu erzeugen beginnen will, oder muß ich eine festere Grundlage für meine Erzeugungsquoten gewinnen?

Jede Statistik muß heute Bruchzahlen vergewaltigen,

sie kann heute bestimmte Erzeugnisse überhaupt nicht erfassen. Wenn die Hausfrau bei dem Gärtner Kohl kauft, so werde ich diesen Kohl niemals statistisch erfassen können. Welcher Apparat wäre notwendig, wenn wir wirklich alle Erzeugnisse und alle Verkaufsakte erfassen wollten, und wenn wir nicht beide erfassen, dann können wir doch keine Grundlage für die Organisation einer planmäßigen Wirtschaft gewinnen. „Was der Verstand des Verständigen nicht sieht, das sieht in Einfalt ein kindlich Gemüt“ sagt schon Goethe; worüber sich die Schriftgelehrten aller Universitäten die Köpfe zerbrechen, das haben 28 Flanellweber bereits vor fast hundert Jahren gelöst, das hat die Arbeiterklasse Englands, lange bevor das Wort Sozialismus überhaupt ausgesprochen wurde, in vielen praktischen Versuchen in nimmermüdem Idealismus erprobt. Wir können den Konsum nur auf eine Methode feststellen, so feststellen, daß er als Grundlage der Produktion dienen kann,

indem wir die Konsumenten organisieren.

„Du sollst Dein eigener Kaufmann sein, damit Du Dein eigener Fabrikant werden kannst“, das hat Robert Owen gesagt, als er seine genossenschaftlichen Versuche vor mehr als 100 Jahren begonnen hat. Während sich die Produktivgenossenschaften nicht bewährt und der kapitalistische Großbetrieb diese kleinbürgerlichen Barrieren überannt hat, hat sich der organisierte Konsum bewährt und die genossenschaftliche Form der Verbraucherorganisation hat sich als lebenskräftig erwiesen, seitdem sie nicht mehr nur das Schicksal des Einzelnen verbessern will, indem sie seine Sparkraft hebt und seine Konsumkraft organisiert, sondern seitdem sie das Leben der Massen heben will, indem sie die Produktion in die Hände des Ver-

sorgten legt. Wenn ich die Menschen dahin führe, daß sie ihren Bedarf nicht mehr anarchisch jeder für sich selbst decken, sondern alle ihre Bedürfnisse gemeinsam befriedigen, dann kann ich wissen, wieviel Stiefel wir in jedem Lande jährlich erzeugen können, wie wir die Getreideproduktion erweitern müssen, wenn wir uns selbst versorgen wollen, nur dann kann ich natürlich erfassen, was ich künstlich nicht zu erfassen vermag.

Ein schweres Amt, die Masse der konsumierenden Bevölkerung zur kollektiven Bedarfsdeckung zu führen. Aber konnten wir nicht Arbeiter dazu erziehen, daß sie ihre Lebenshaltung kollektiv verwalten, wenn sie die Einnahmen regeln, warum sollten wir nicht dahin kommen, daß wir die Konsumenten zur kollektiven Wirtschaft auch für die Ausgabenseite erziehen? Wir dürfen uns die Mühe nicht verdrießen lassen und auch die Mißerfolge nicht, denn auch unsere genossenschaftliche Wirtschaft muß ihre Entwicklung haben. Trotzdem können wir ruhig sagen, die Zeit der Experimente, die zum Zusammenbruch führen konnten, ist vorbei, wir haben schon die Fundamente der Bewährung gelegt und können auf ihnen bauen.

Die genossenschaftliche Versorgungsorganisation — das Beispiel Sowjetrußlands hat es deutlich gezeigt — ist auch für die neue Wirtschaft die einzige mögliche Form der Verteilung, die wir anstreben können, wenn wir von der Anarchie der heutigen Wirtschaft ohne bürokratischen Apparat zur Verteilung der erzeugten Güter kommen wollen. Bewirtschafte Dein Brot selbst, liebe Hausfrau, lieber Hausvater, und erweitere Deinen Haushalt in neuen Formen zur Betriebsstätte, wo Du Dir Deine Lebensmittel erzeugst und betreust. Wir können nicht mehr, wie in den Zeiten des Handwerks, unsere Kuh im Stalle und unseren Kartoffelacker vor den Toren der Stadt haben. Wir müssen bei der Größe der Städte, der Größe der Betriebe *aufhören, individuelle Selbstversorger zu sein, dafür müssen wir kollektive Selbstversorger werden*, Selbstversorger, die doch wieder ihre Brotfabrik und ihren Kartoffelacker haben, nur daß es nun die Fabrik ihrer Konsumgenossenschaft und das Landgut ihrer Genossenschaft ist.

Gewiß, die Demokratie ist für den Konsumenten, für das Mitglied erreicht, wenn auch hier der zunehmende Großbetrieb vielfach die demokratische Auswirkung der Kontrolle verschüttet hat oder zu verschütten droht. Wenn die Genossenschaften im Kampf gegen die Privatwirtschaft bestehen wollen, dann müssen sie selbstverständlich versuchen, ihre demokratische Grundlage zu sichern, auch dann, wenn sie neue Formen finden müssen. Aber auch hier wird die Mitverwaltung der Arbeiter und Angestellten sich durchsetzen müssen, wenn wir die rechte Mischung von Konsumenten- und Produzenteninteresse gewinnen wollen. Der lohnfordernde Angestellte muß mit dem billige

Ware fordernden Konsumenten zusammengeführt, er muß an einen Karren gespannt werden, damit kein Interesse sich aufgeben, keines sich besiegen lassen muß, sondern beide im Kampfe ihren Anteil behaupten. Das Arbeiterproblem der Gemeinwirtschaft ist nur so zu lösen wie es in Wien versucht wurde, wo die Gesamtheit der Vertrauensmänner Stellung zu den Lohnforderungen der Straßenbahner genommen hat. Einmal willigten die Konsumenten in die Erhöhung der Fahrpreise, das andere Mal mußten die Straßenbahner eine Intensivierung der Arbeit und eine Neueinteilung der Arbeitszeit hinnehmen, wenn sie vor der Gesamtheit bestehen wollten.

Diese Verpflichtung der gemeinwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Leistung gegen Leistung zu stellen, wird die hohe Schule der Wirtschaftsdemokratie sein. Nur wenn wir diese Demokratie schaffen können, wird die neue Wirtschaft möglich und wertvoll sein. Nicht Funktionen übernehmen ist unsere Aufgabe, Funktionen neu bestellen, sie neu schaffen, im Kern ihres Wesens sie verändern, das ist die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse. Hier helfen nicht Programme, hier kann nur Verständnis mühsam erarbeitet werden. Haben wir das Verständnis erarbeitet, dann werden wir die größten Schwierigkeiten in der Gemeinwirtschaft überwunden haben. Hier kann die Dreieinheit der Arbeiterbewegung, Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften, ihre größten und wertvollsten Erfolge erringen.

Die genossenschaftliche Methode für den täglichen Bedarf, die Verstaatlichung und die Verstadtlichung für die Deckung des Bedarfes der Rohstoffe und der Verkehrsmittel, soweit sie innerhalb des Landes liegen und für alle anderen Bedürfnisse der Wirtschaft, z. B. für die Erzeugung von besonderen Halbfabrikaten, reinen Exportartikeln, die neueste Form demokratischer Wirtschaftsbetriebe,

die gemeinwirtschaftliche Anstalt,

die wir in Oesterreich geschaffen haben, als ein Mittel, den bürokratischen Apparat zu demokratisieren und Produzenten und Konsumenten auch hier zu vereinen. Die gemeinwirtschaftliche Anstalt ist die notwendige Ergänzung der anderen demokratischen Wirtschaftsformen, denn wir dürfen uns nicht täuschen, daß die gesamte Wirtschaft viele Bedürfnisse hat, die der Staat oder die Gemeinde nicht decken kann, weil sie fernab von der Interessensphäre liegen, die wir als Gebietskörperschaften bewirtschaften sollen. Warum sollte eine Gemeinde Exportgüter erzeugen? Dafür zahlen doch die Steuerträger keine Steuern, dafür leisten sie doch keine Abgabe. Eine Gemeinde kann natürlich alle Mittel aufwenden, auch das der Vorauszahlung, wenn sie ihre Wasserkraftwerke ausbauen will, weil daran

alle Bürger gleichmäßig interessiert sind, aber sie hat kein Geld, um z. B. Hüte zu erzeugen, die dann exportiert werden. Auch das genossenschaftliche Mitglied wird Geld nur hergeben, wenn man dafür Waren erzeugt, damit diese Waren seinen Bedarf decken. Wenn es bei seiner industriellen Produktion Waren gibt, die nicht daheim verwendet werden können, so warten darauf viele genossenschaftlich organisierte Verbraucher in der ganzen Welt. Aber niemals werden Konsumenten Geld hergeben, damit man nun eine Fabrik errichte, wo man nur für den Export erzeugt, und solche Betriebe brauchen wir in jeder Wirtschaft, weil wir ja die industriell wenig entwickelten Gebiete versorgen müssen.

Die gemeinwirtschaftliche Anstalt hat gewiß auch noch ihre inneren Mängel, vor allem, weil sie ja umgeben von einer privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaft lebt, unter schärfster Konkurrenz steht und ihre demokratische Grundlage nicht immer voll auswirken lassen kann. Dazu kommt, daß jede neue Wirtschaftsform natürlich dazu kommen muß, ihre Erfahrungen praktisch zu erproben, praktisch zu erfahren, wo ihre Grenzen und wo ihre Vorzüge liegen und dafür ist die Erfahrung noch zu jung. Wirtschaftliche Demokratie wird sich langsam in allen Formen aufbauen, vor allem deshalb, weil wir niemals vergessen dürfen, daß es sich ja nicht um die äußere Form handelt, sondern um den Inhalt, und den können wir nicht dekretieren, der muß entstehen.

Um diese schwierigste Aufgabe zu erfassen, wollen wir einmal ansehen, wie sich die Produktion in ihren Formen gewandelt hat, seitdem der Kapitalismus herrscht.

Der Kleinbetrieb in seinen patriarchalischen Formen

hatte wertvolle Ansätze zur Demokratie. Der kleine Betrieb ist durchsichtig, Meister und Gesellen standen nebeneinander und mußten zusammen verkehren. Wann sieht der Generaldirektor heute seine Arbeiter? Das Betriebsgeheimnis und vor allem das Bilanzgeheimnis war nicht da, jedermann wußte, was man verdienen konnte, man sah sich gegenseitig in den Topf. Diese kleinbürgerliche Romantik wurde von zwei Richtungen durchbrochen: *durch den internationalen Handel und durch die Maschine, verbunden mit der einsetzenden Arbeitsteilung.* Wenn man die Entwicklung der Wirtschaft betrachtet, dann sieht man, wie die Arbeitsteilung bei der Erzeugung der Produkte immer neue Wirtschaftsformen erzwingt, wie wir immer wieder eine neue Organisation entstehen sehen, nur weil die Art der Arbeit sie erfordert. Der Handel, namentlich wenn er Ueberseehandel ist, hat alle Eigenschaften, die nicht demokratisch sind. Er verlangt die Kenntnis fremder Länder, fremder Märkte, die damals ja viel schwerer

zu erringen waren als heute, er erzeugt die Notwendigkeit des raschen Handelns; die Zusammenfassung der entscheidenden Gewalt in wenige Köpfe erfordert den absolutistischen Betrieb. Der Herrscher löst im Mittelalter den alles gebietenden, sogar über das Leben herrschenden Grundherrn ab. Eine durchaus natürliche Entwicklung. Die Maschine löst die Heimarbeit auf, sie verwandelt den Arbeiter aus dem Schaffenden in das Rädchen einer Maschine, gleichviel, wo immer er steht. Der Chemiker ist ebenso Maschine wie der Dreher, er muß sich eingliedern und dem Druck des Organismus gehorchen, in dem er steht. Je umfassender die technische Entwicklung wird, um so größer wird die Maschinenarbeit für die Maschine Mensch. Alle Individualität hört auf, sie wird einfach das Vorrecht des Leitenden, alle anderen sind Uhrwerke, die man aufzieht. Darin liegt das schwere und heute noch ungelöste Problem des *Großbetriebes*.

Alle neuen Wirtschaftsformen, die wir geschildert haben, haben das Problem noch nicht gelöst und nur deshalb ist der Kapitalismus stark. Dieses Problem ist zu lösen und muß gelöst werden.

Die erste Frage, die sich stellt, lautet: Müssen wir den Großbetrieb haben? Diese Frage kann man nur bejahen. Wir müssen große Betriebe schaffen, ja wir müssen diese Entwicklung fördern, weil wir nur dann eine wirkliche Massenversorgung erreichen. Ein Kohlenwerk, ein Wasserkraftwerk kann doch niemals Kleinbetrieb sein. Der Traum, der in den Köpfen mancher ethischer Romantiker (siehe Tolstoi) herumspukt, man müsse das Rad der Wirtschaft rückwärts drehen, ist nur Utopie. Wir müßten heute zugrunde gehen, wenn wir den Großbetrieb auflösen, wenn wir die machtvolle technische Entwicklung aus der Wirtschaftsgeschichte streichen würden. Und könnten wir es denn überhaupt, selbst wenn wir so kindlich naiv wären, es tun zu wollen?

Wenn wir aber diesen Großbetrieb brauchen, dann müssen wir ihn doch geistig überwinden. Wir haben heute in den Kreisen der sozialistischen Jugend Vertreter, die eine besondere Form der Lösung eifrig propagieren. Der Großbetrieb soll so entwickelt und gesteigert werden, daß er den Menschen zur Maschine macht. Taylorismus zur höchsten Potenz erhoben. Der Mensch sei im Betrieb nur Maschine. Er rege seine Hände nur nach bestimmten Richtungen, er wende den Kopf nur soweit man es ihm erlaubt, er lasse seine Sinne stille stehen, er lasse sein Herz nicht mehr arbeiten, alles geschehe in dem Takt, den man ihm vorschreibt, alles geschehe langsam nach dem vorbereiteten Schema. Ein junger russischer Dichter hat diesen Maschinenmenschen sogar auf die Bühne gestellt und daraus die Lehre der kommenden Dinge gezogen: Werde als Produzent eine tote Materie, die nur denkt, soweit es für die Produktion nützlich ist.

Allerdings Menschen, die solche Ziele feststellen, müßten natürlich fordern, daß die Arbeitszeit verkürzt wird, daß die Menschen als Maschinen nur 2—4 Stunden leben, daß sie dann frei sind, sich gleichsam für die Qual ihres industriellen Todes entschädigen, durch doppelte Freiheit, durch doppeltes Leben.

Hier taucht als Antwort auf diesen Vorschlag ein Gedanke auf. Kann die Produktion wirklich gedeihen, wenn wir den Menschen mechanisieren? Haben wir nicht vielleicht schon zu viel mechanisiert und müssen wir nicht auch, wenn es die Produktion erfordert, daran denken, daß wir Menschen vor uns haben, die aus Fleisch und Blut sind und nicht aus Stahl und Werg. Eine so mechanisierte Produktion kann natürlich zu einer Steigerung der Warenproduktion führen, die außerordentlich ist. Sie wird aber auch die Arbeitskraft so ruinieren, daß wir die Arbeiter verlieren, die wir z. B. zur Erprobung neuer Maschinen, neuer Muster dringend brauchen. Es wäre vollständig ausgeschlossen, alle Arbeiter so zu mechanisieren, wir müßten immer einen Teil befreien, einem Teil das Lebensrecht und die freie Entwicklung gönnen, weil wir ja Vorarbeiter und leitende Köpfe auch im Betriebe brauchen und nicht nur in der Generaldirektion.

Eine so vollständige Mechanisierung der Tätigkeit muß auch die geistige Spannkraft untergraben, sie muß die Denkfähigkeit behindern, sie wird eine individuelle Gefahr und damit eine Gefahr für die Demokratie selbst. Der Hauptmann schafft keine Demokratie, sondern alle Soldaten gemeinsam müssen ihre Träger sein. Wir können auf dem mechanischen Wege das Problem des Großbetriebs nicht lösen, wir müssen es auf anderen Wegen versuchen. Jede gesellschaftliche Funktion scheidet sich in ausführende und initiative Handlungen.

Die richtige Verteilung dieser Funktionen auf den Wirtschaftskörper,

die Vereinigung dieser beiden Funktionen, soweit als es betriebstechnisch möglich ist, in einem Individuum, das ist die große Aufgabe, die wir zu lösen haben.

Der Großbetrieb ist, wie die stehenden Armeen, nicht immer eine organische Notwendigkeit, sondern nur der Ausdruck eines Machtwillens, der den Menschen ihrem Wesen feindliche Formen aufzwingt. Wir können bei der Umgestaltung der bestehenden Einrichtungen gar nicht vorsichtig genug sein, wenn wir entscheiden, was der Betrieb, die Produktion selbst an Konzentration erfordert und was wir ruhig abbauen können, weil es nur der Machttrieb des Herrschenden erforderte. Vieles, was heute als Fortschritt, als absolute Notwendigkeit erscheint, wird sich dann als weit weniger wichtig erweisen und die

Produktion wird unter demokratischen Formen nicht leiden wie der Staat nicht gelitten hat, als man aus dem absoluten König den Angestellten des Staates gemacht oder ihn einfach abgeschafft hat.

Wenn wir uns fragen, wieso es kommt, daß die sozialdemokratischen Organisationen eine starke Anziehungskraft auf die Masse ausüben, wie es möglich ist, daß sie Zehntausende arbeitsfreudig und arbeitsfähig erhalten, so wird der kritische Beobachter finden, daß es nur die Verteilung der initiativen Arbeit auf die Masse der Mitgliedschaft ist, die diesen inneren Kitt beistellt. Von dem Sprengelausschuß, der einige Häuser verwaltet, bis zum Parteivorstand, hat jedes Glied sein besonderes initiatives Recht und dadurch auch seine besondere, ausführende Pflicht. Das ist der letzte Wesensinhalt aller Demokratie, daß die Masse sich gliedern kann und viele Menschen leitende Funktionen erhalten, die sie nicht nur zum Objekt der Handlungen, sondern auch zum Subjekt schaffen, das entscheiden darf. Gewiß, der Betrieb ist etwas wesentlich anderes als eine Partei. Aber er braucht ebenso wie die Partei Menschen, die nicht totes Material sind wie die Armeen der allgemeinen Wehrpflicht, sondern Menschen, die ihr eigenes geistiges Leben auch als arbeitende Menschen führen können.

Darin liegt ja das große technische Verdienst der Gewerkschaftsorganisationen, daß sie im Betrieb das mechanische Tun des Arbeiters durch eine neue Zielsetzung paralysieren, der er mit seinem Geiste und mit seinem Herzen dienen kann. Diese motorische Kraft muß dem Betrieb gewonnen werden. Welche Fülle von Leben könnten wir gewinnen, wenn wir die arbeitenden Menschen zu den mitdenkenden und vor allem forschenden Mitarbeitern der Technik und der Wissenschaft machen würden, die unserer gesamten Entwicklung als Grundlage dienen. Schon daß der tote mechanische Betrieb durch

den Betriebsrat eine neue Seele erhalten hat,

daß er neue Verantwortlichkeiten gibt und neue Entscheidungen gewährt, wird — und es gibt auch Unternehmer, die es anerkennen — eine Quelle der neuen betriebstechnischen und organisatorischen Entwicklung werden.

Gegen den Großbetrieb gibt es aber auch noch andere Einwände. Vor allem ist gewiß, wir brauchen für bestimmte Aufgaben, die auch die moderne gemeinwirtschaftliche Gesellschaft nicht abschaffen wird, Betriebe, die viel Handwerk erfordern, das doch nicht in Großbetrieben geleistet werden kann. Hierher gehören vor allem alle kunstgewerblichen Arbeiten, alle Arbeiten, die Handarbeit erfordern, obzwar auch hier schon größere Mittelbetriebe bewiesen haben, daß diese Werkstatt sich zum Betriebe erweitern kann. Nun wird sich niemand vorstellen, die neue wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft ver-

lange gebieterisch den Großbetrieb. Die Vorstellung, die einmal vorherrschte, mußte sich zuerst in den Fragen der landwirtschaftlichen Produktion umgestalten, wo wir heute wissen, wir brauchen den kleinen Bauer vor allem im Gebirge, damit er dort arbeitet, wo die Maschine nicht mehr arbeiten kann und wir außerdem eine Reihe von landwirtschaftlichen Produktionen haben, die im Großbetrieb doch nicht mit jenem Erfolg durchgeführt werden können wie im Kleinhaushalt. Man denke an die Kleintierzucht, die Gemüsekultur und andere Aufgaben.

Auch hier werden die Genossenschaften wertvolle Aufgaben zu erfüllen haben. Sowohl die Weltwirtschaftskonferenz wie der letzte internationale Genossenschaftskongreß haben festgestellt, daß wir den Markt nur organisieren können, den Handel zu rationalisieren imstande sind, wenn wir die Kleinbauern auf der einen Seite in landwirtschaftlichen Genossenschaften verbinden und die Millionen an städtischen Hausfrauen in den Konsumgenossenschaften, und beide dadurch zu einem direkten Warenverkehr befähigen.

In Italien hat man die Demokratisierung der Betriebe auch durch die Errichtung sogenannter Arbeitsgenossenschaften versucht. Die Arbeiter, namentlich die Landarbeiter, haben eine Genossenschaft gebildet, diese hat den Arbeitsauftrag — die Errichtung eines Hafens, die Erntehereinbringung auf einem großen Gut usw. — übernommen. Die Verteilung der Arbeit, die Bezahlung, die Kontrolle wurde den einzelnen Arbeitern gegenüber nur von der Arbeitsgenossenschaft durchgeführt und der Unternehmer hatte mit den einzelnen Arbeitern nichts zu tun. Dadurch erreichten die Arbeiter eine weitgehende Selbstverwaltung, und ähnliche Organisationen können natürlich gesucht und gefunden werden. So hat die Schuhfabrik des Verbandes Schweizer Konsumvereine ihre einzelnen Abteilungen in Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt, wodurch man eine weitergehende Mitverwaltung der Beschäftigten erreichen konnte.

Viele Kleinbetriebe sind auch nicht zu vergesellschaften, weil sie zu viel individuelle Arbeit verlangen. Wenn wir aber die Rohstoffe beherrschen, wenn wir die maßgebenden Produktionen in unserer Hand halten, dann wird das Aufsaugen und Umorganisieren gewiß auch bei jenen Kleinbetrieben beginnen, die dazu reif und deren Produktion dem Großbetrieb gelegen sind. Im Kleinbetrieb sind die demokratischen und betriebstechnischen Probleme auch nicht so kompliziert wie im Großbetrieb und im mittleren Industriebetrieb, dort werden wir leichter die alte Wirtschaft der neuen Grundlage anzupassen vermögen. Ein vollständig neues Problem stellt uns die modernste der wirtschaftlichen Organisationen der kapitalistischen Wirtschaft:

Der Konzern.

Das Wesen des Konzerns ist es, verschiedene Betriebe zusammenzuketten, sie sowohl vertikal wie horizontal zu verknüpfen. Das Kohlenbergwerk kommt zum Eisenwerk, dem der Holzbetrieb angegliedert wird, diesem schließt sich die Papierfabrik, dieser die Zeitung an und so geht es weiter und weiter, oft ohne jedes innere Ziel; oft werden Betriebe gekoppelt, die wir kaum als vereinbar empfinden und die deutlich zeigen: Hier handelt es sich nicht nur um die Rationalisierung, nicht um die Beherrschung vieler Produktionen, sondern um den Kampf um wirtschaftliche Macht, die ja auch politische Macht ist. Oft sind solche nationale oder internationale Konzerngebilde mehr eine Frage der Spekulation, als der inneren wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Wenn heute die Kartelle, Syndikate und Trusts immer mehr zunehmen, dann dürfen wir nicht übersehen, daß es sich um Gebilde handelt, die in den Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen entstanden sind. Ob eine wieder reich gewordene Gesellschaft nicht viele dieser industriellen Verbindungen wieder auflösen wird, kann man heute noch nicht beurteilen. Jedenfalls sind sie ein Versuch, den Markt und die Produktion auch in der kapitalistischen Gesellschaft zu organisieren, allerdings auf Kosten der Arbeiter und der Konsumenten. Ob eine gemeinwirtschaftlich organisierte Wirtschaft solche Gebilde braucht, kann man nicht vorhersagen. Dort wird es sich immer nur um die Verbindung der Betriebe handeln, die füreinander und miteinander produzieren. Es ist ausgeschlossen, daß wir Konzerne, die wesensfremde Betriebe vereinigen, aus technischen und wirtschaftlichen Gründen brauchen. Wo wir sie vorfinden, wo wir sie übernehmen, dort können wir sie ruhig zerlegen, sie auflösen, sie zu neuen Verbindungen, die nicht die Spekulation, sondern die Produktion erfordert, zusammenfügen und durch eine innere organisatorische Verbindung jene Grundlage für eine planwirtschaftliche Erzeugung schaffen, die wir brauchen. Deshalb, weil der Konzern das letzte Kind der kapitalistischen Produktion ist, nun zu meinen, er sei das Gebilde der Zukunft, ist sicher zumindest verfrüht.

Der Konzern führt aber zu anderen wirtschaftlichen Fragen, die wir in unserer Wirtschaft lösen müssen, die, ob wir nicht die Produktion dadurch vereinfachen können, indem wir die Zahl der Betriebe, die heute nebeneinander dieselbe Ware erzeugen, verbinden und sie dadurch leistungsfähiger machen und ihre Produktionskraft steigern. Heute entsteht, wie alles anarchisch geschieht, auch der Betrieb, nicht weil er als wirtschaftliche Notwendigkeit erforderlich ist, sondern weil jemand das Geld hat, Betriebe entstehen zu lassen.

Oft werden Betriebe errichtet, die volkswirtschaftlich überflüssig sind, die sich nur mühsam behaupten und die wir nicht brauchen. Sie sind dann einmal da, sie müssen bestehen bleiben und werden oft sehr künstlich behauptet. Solche Betriebe zu erhalten, in sie das wertvolle Geld der Gemeinwirtschaft zu stecken, wäre natürlich Unsinn. Auch hier herrscht heute eine außerordentliche Vergeudung an Material und Geld. Ganz abgesehen von den vielen Menschen und Dingen, die wir in den einzelnen Reklamebureaus beschäftigt sehen, haben wir heute eine Fülle von technischen Versuchsbureaus, die für jeden Betrieb gesondert arbeiten und die wir gewiß oft vereinen könnten, um die Versuche für alle Betriebe gemeinsam durchzuführen. Hier wird sich eine neue und besondere Arbeitsteilung ergeben, die weitgehende Ersparungen, auch Ersparungen an Menschen, herbeiführen kann.

Der Konzern wie das staatliche oder kommunale Monopol stellen für die Wirtschaftsdemokratie schwere Aufgaben, denn die Mitverwaltung der Konsumenten und der Arbeiter und Angestellten wird allein nicht genügen, um sie durchsichtig und übersehbar zu machen. Deshalb wird man auch hier auf das Beispiel der konsumgenossenschaftlichen Organisation zurückgreifen müssen, wo der Kleinbetrieb oder der Mittelbetrieb der lokalen Konsumgenossenschaft, der von den Konsumenten und ebenso von den Arbeitern und Angestellten überblickt und ständig kontrolliert und beobachtet werden kann, sich organisch zur Großeinkaufsgesellschaft zusammenschließt und wie die Verteilung der Produktionsbetriebe zwischen der Zentrale und der lokalen Organisation vor sich geht. Die lokale Konsumgenossenschaft erzeugt das Brot, die Großeinkaufsgesellschaft betreibt die Mühle, der Kleinbauer erntet das Getreide und seine Großeinkaufsgesellschaft, die Export- und Verkaufsorganisation ist, verkauft das Getreide auf dem Weltmarkt. Diesen organischen Aufbau der Organisation müssen wir auf allen Gebieten schaffen, wenn wir eine durchorganisierte Wirtschaft haben wollen. Der vertikale und der horizontale Konzern, die letzten Errungenschaften der privatwirtschaftlichen Organisation werden von der Wirtschaftsdemokratie nicht übernommen, sondern neu organisch gegliedert und aufgebaut werden müssen.

Eines der stärksten Gegenargumente gegen die demokratische Betriebsverwaltung ist die Anschauung, es könne im wirtschaftlichen Leben nur gearbeitet werden, wenn nur

eine einzige und absolutistische Führung die Initiative

hat. Die berühmte „Unternehmerinitiative“, die jeder Volkswirtschaftler als das Alpha und Omega ansieht, die allein wirtschaftlich zu schaffen vermag, weil sie jeden Moment nützen kann und niemals vor der Entscheidung an Beschlüsse der anderen Mitarbeiter gebunden

ist, diese Initiative mußte sich in der kapitalistischen Organisation vielfach wandeln. Schon mußte der Unternehmer in der Großindustrie dem Generaldirektor und vielfach der Generaldirektion weichen. Unternehmungen mit Abteilungen, die diese berühmte Initiative teilen und doch wieder verknüpfen, sind zahlreich. Der Konzern selbst teilt die geschäftliche Führung in viele Verwaltungen und muß oft sehr mühsam wieder durch neue organisatorische Verbindungen die verlorene zentrale Initiativgewalt herstellen. Wenn man einen großen Betrieb betrachtet, so bildet doch jede Abteilung, die den Markt unmittelbar beherrscht, immer nur einen Teil des Gesamtunternehmens, während die eigentliche Produktion doch nicht von Stunde zu Stunde die Aufgaben wechselt, sondern gerade eine ziemlich große Kontinuität braucht, wenn sie erfolgreich wirken soll. Heute, wo der Warenmarkt absolut unorganisiert ist, wo seine Verhältnisse, seine Lebensbedingungen ständig wechseln, ist der geschäftliche Betrieb an die momentane Entscheidung der Geschäftsleitung gebunden; deshalb erscheint diese Initiative, die alles beherrscht, als die allein mögliche Grundlage einer erfolgreichen Führung. Je organisierter der Handelsverkehr wird, um so weniger Ueberraschungen werden wir erleben, namentlich wenn einmal die Zeit der wechselnden Konjunktur vorüber sein wird und der stabile Geldwert in allen Staaten dazu führen wird, auch die Marktverhältnisse stabiler zu gestalten. Auch hier waren die 28 Flanellweber von Rochdale die Pfadfinder, die uns gezeigt haben, wie wir die Initiative mit der Demokratie verknüpfen können. Sie haben als die ersten gesehen, daß man die Gewalten teilen, die Kontrolle und die Geschäftsführung trennen und doch verbinden muß. Die Geschäftsführung führt unter Kontrolle des Vorstandes die Geschäfte, initiativ und unter voller Verantwortung. Der Aufsichtsrat kontrolliert beide und stellt die Verbindung mit der Mitgliedschaft her und gibt der Masse die Möglichkeit der Kontrolle. Kein Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft hat über Mangel an eigener Initiative zu klagen, keiner wird in seiner Entscheidung gehindert, keiner muß fragen, ob er diese oder jene Ware zu diesem oder jenem Preis kaufen darf, aber immer wird er verantwortlich sein, wenn er nicht alle Vorsicht walten läßt und wenn er nicht dafür sorgt, daß alle Teile ihre Befriedigung finden.

Auch die Mitverwaltung der Vertrauensmänner der Arbeiter und Angestellten ist in vielen Konsumgenossenschaften bereits durchgeführt und selbst in England, wo wir noch kein Gesetz über die Betriebsräte haben, nehmen Vertrauensmänner der Beschäftigten an den Entschlüssen der Verwaltung teil. Auch der Aufstieg von der kleinsten Stelle im Betrieb bis zum Geschäftsführer ist nicht nur möglich, er wird gewünscht und muß gefördert werden. Wir sehen, alle

Elemente einer demokratischen Wirtschaftsführung sind gegeben und das Beispiel der Konsumgenossenschaften muß nur systematisch auf alle staatlichen und Gemeindebetriebe angewendet werden. Dann haben wir den Weg frei zur demokratischen Verwaltung der Wirtschaft, auch dort, wo es sich nicht um den persönlichen Bedarf handelt

Betrachten wir nun die Verbindung von Verbrauch und Produktion.

Die Erfahrungen kennen nur eine Verteilungsorganisation, die sich bewährt hat: das ist die genossenschaftliche Organisation in den Konsumgenossenschaften. Vor allem, weil es die einzig demokratische Methode ist, die wir haben. Das Mitglied entschließt sich, freiwillig Mitglied zu werden. Es trägt seinen Anteil zum allgemeinen Betriebskapital durch die Zahlung eines Geschäftsanteiles bei, es bekommt eine Stimme wie alle anderen Mitglieder, um seine Verwaltung zu bestellen, seine Vertrauensleute mit der Geschäftsführung zu betrauen. Dadurch wird es mitverantwortlich für den gesamten Betrieb. Es haftet mit dem doppelten Geschäftsanteil und ist verantwortlich für die Menschen, die es wählt. Durch seinen Einkauf gewinnt es Teil an dem Reingewinn, der verdient wird, entweder, indem es am Jahres-schluß eine Rückvergütung erhält oder indem dieser Reingewinn das Kapital und die Reserven seines Unternehmens vermehrt und dadurch die Gewähr der dauernden Versorgung geschaffen wird. In seinen persönlichen Entscheidungen bleibt es immer frei und unabhängig. Es übernimmt nur eine Pflicht, die Gemeinschaft durch seinen Einkauf zu unterstützen. Niemand schreibt ihm vor, was er kaufen, was er beziehen soll. Niemand entscheidet über seinen Geschmack, über seine Wahl, jeder kann kaufen soviel er bezahlen kann, jeder ist frei von jeder zwingenden Vorschrift.

Wenn wir die eine Pflicht betrachten, die das Mitglied übernehmen muß,

*die tägliche Warenentnahme in der konsumgenossenschaftlichen
Verteilungsstelle,*

so liegt darin gewiß ein Zwang, solange die Bewegung schwach ist und nicht allüberall Verteilungsstellen hat. Dieser Zwang besteht heute in den meisten Städten, selbst in sehr großen Städten für alle Einkaufenden, weil es immer Gegenden gibt, die vor allem Geschäfts-gegenden sind. Diese Frage der Bequemlichkeit, die heute gewiß eine Rolle spielt, ist doch mehr eine Frage der Gewohnheit, als eine Frage des Prinzips. Warum sollten wir nicht, wie wir die Arbeiter und Angestellten dazu erzogen haben, als Lohnempfänger bestimmte Pflichten der gemeinsamen Tätigkeit auf sich zu nehmen, warum sollten wir sie als Lohnverbraucher nicht ebenso zur zentralen Tätigkeit

führen können? Wenn es heute nicht möglich ist, dann nur, weil wir heute zu wenig erkennen, wie notwendig für unsere künftige Wirtschaft ein gut organisierter Verteilungsapparat ist. Was nützt es uns, wenn wir alle Produktionsbetriebe in gemeinwirtschaftliche Unternehmungen umwandeln und dann die gemeinwirtschaftlich erzeugte Ware nicht in der Konsumgenossenschaft geht, sondern durch den privaten Handel vertrieben wird? Dann werden wir doch niemals das Kapital beseitigen, wobei doch nicht übersehen werden darf, wie groß der Anteil des Handelskapitals an der allgemeinen Kapitalbildung ist. Wir würden unsere Gemeinwirtschaft im entscheidenden Falle aufheben. Sie wäre dort zu Ende, wo die Kapitalbildung von neuem beginnt. Die neuen großen Vermögen, die wir haben, haben ihren Anfang meist im Warenhandel und finanziellen Spekulation gefunden haben. Ein Fingerzeig, wie sehr das Handelskapital für jede Gemeinwirtschaft gefährlich ist und wie dringend wir eine gute Konsumentenorganisation brauchen, wenn wir eine gemeinwirtschaftlich verwaltete und versorgte Gesellschaft haben wollen.

Heute arbeiten 45 Millionen Verbraucher in der ganzen Welt an dem Ausbau dieser genossenschaftlichen Handelsorganisation, die immer energischer ihre Arme ausbreitet, um den Handel an sich zu ziehen. Einmal war es der Traum der bürgerlichen Gesellschaft, der Arbeiterschaft zu gestatten, durch den Einkauf in ihrer Konsumgenossenschaft einen Sparpfennig für ein geruhames Alter zu erwerben, sie um das Ziel der neuen Gesellschaft, die keinen Privatprofit kennt, zu bringen. Heute, wo die bürgerliche Gesellschaft einsieht, daß diese daraus eine Waffe für diese Umgestaltung zu schaffen bemüht ist, bekämpft sie diese Konsumgenossenschaften so, wie sie alle Lebensregungen des Proletariats bekämpft.

Trotzdem und trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir in den letzten Jahrzehnten zu überwinden hatten, haben wir doch nirgends ein Erschlaffen der Konsumgenossenschaftsbewegung gesehen, sondern überall ein Erstarren, ein Zusammenraffen aller Kräfte, eine starke Konzentration auf neue und höhere Ziele. Viele hundert Fabriken gehören heute diesen organisierten Konsumenten. Hunderte erzeugen nicht mehr für den Gewinn, sondern für den Bedarf. Diese neue Produktion, die ihrem innersten Wesen nach eine neue wirtschaftliche Welt darstellt, kann natürlich nur durch die Erziehung des Käufers, durch die Erziehung der Frauen aufgebaut und erhalten werden. Nur wenn der Konsument erkennt und es als sein Ziel empfindet, daß seine Zukunft und die Steigerung seiner Lebenshaltung und seiner gesellschaftlichen Geltung bedingt wird, von der Entwicklung der neuen gemeinwirtschaftlichen Ein-

richtungen, nur dann wird er die kleinen und größeren Unbequemlichkeiten hinnehmen, den weiteren Weg, die Abnahme bestimmter Waren und ähnliche Mühen, die heute nicht zu vermeiden sind, denn aller Anfang ist schwer.

In den kleinen Dingen des täglichen Lebens liegt auch revolutionäre Kraft. Man kann Revolutionen nur durchführen, wenn man sie vorbereitet. Unsere politische Revolution wäre niemals möglich gewesen, wenn wir nicht in einer jahrzehntelangen Vorbereitung dazu gekommen wären, die Menschen zu schaffen, die Gehirne zu befreien, die wir für die Handlungen brauchten, die wir setzen mußten. Unsere wirtschaftliche Revolution wird noch viel größere und schwerere Vorarbeiten erfordern. Nur wenn wir einen guten Verteilungsapparat organisieren, wenn wir die kaufenden Lohnsummen vereinen, einen großen Betriebsfonds für die Gemeinwirtschaft schaffen, die uns dann raschere Uebergänge erlaubt, nur dann werden wir nicht eines Tages mit leeren Händen vor großen Aufgaben stehen. Nur dann werden wir die Dinge meistern können.

Sei Dein Kaufmann, damit Du Dein Fabrikant werden kannst!

Dieses Mahnwort von Robert Owen gilt auch heute noch. Es ist der Haussegel, der in die Wohnung des denkenden, kommender Dinge harrenden arbeitenden Menschen gehört.

Warum müssen wir dieses Wort noch immer sprechen? Weil wohl alle Menschen, die eine Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft wünschen, niemand oder nur wenige jemals danach fragen, *wie sie entstehen soll*. Ein weißer Engel wird vom Himmel kommen und wird sie uns bringen — Wunder geschehen nicht mehr. Nein, was wir schaffen wollen, müssen wir selbst schaffen, in namenlosen und endlosen Mühen, in ständigem Ringen um das Ziel; es wird uns nichts geschenkt.

Wollen wir einmal *unsere* Güter verteilen, ohne privaten Profitinteressen zu dienen, dann müssen wir diese Warenverteilung *demokratisch und gemeinwirtschaftlich organisieren*. Dabei übersehe man eines nicht. Solange einige wenige wirtschaften, brauche ich für die Masse nicht mehr wirtschaftliche Erziehung, als daß jeder Einzelne seine Lohneinkünfte verwalten lerne. Sobald die Masse selbst mit zum Träger der Wirtschaft wird, muß sie mehr von wirtschaftlichen Dingen verstehen als es ihre bescheidenen Einkünfte ermöglichen. Ueber Milliarden kann nur derjenige wirtschaftlich mitentscheiden, der den wahren Wert dieser Milliarden erkennt und versteht. Diese Erziehung zur Wirtschaftlichkeit kann nur auf dem praktischen Wege der Anteilnahme am wirtschaftlichen Leben selbst erreicht werden. Wie wir hoffen, daß wir einmal den Betriebsräten das Recht erstreiten,

in die finanziellen Fragen der Unternehmung tieferen Einblick zu erhalten als es heute der Fall ist, so sollen die arbeitenden Menschen durch den gemeinsamen Einkauf, durch die Teilnahme an der Verwaltung von Wirtschaftsbetrieben die Grenzen und die Verantwortlichkeiten kennen lernen, die diesen gezogen sind.

Dafür ein Beispiel! Das Wesen der privatkapitalistischen Gesellschaft ist der Kredit, ist die sehr komplizierte Vermehrung der Geldmittel durch künstliche Wertvermehrung, durch Spekulation und durch Schaffung künstlicher Werte. Eine gemeinwirtschaftlich organisierte Gesellschaft wird viele dieser Methoden nicht übernehmen können, weil sie dann ihre Aufgabe, eine Gesellschaft zu schaffen, die auf der Arbeitsleistung ruht, einfach nicht erfüllen könnte. Wie soll nun eine Gesellschaft wirtschaften, die nicht die Steigerung der Geldmittel auf anderem Wege erreichen kann als auf dem der Produktion und der Rationalisierung der Wirtschaft? Sie wird viel vorsichtiger wirtschaften müssen als wir bisher wirtschaften. Heute kann die Gesellschaft leichter Geld verdienen, leichter Bankerotte ertragen, weil sie eben Geldmittel auch ohne produktive Arbeit gewinnt. Die neue Gesellschaft wird deshalb alle Glieder zur größten Wirtschaftlichkeit erziehen müssen und deshalb haben die redlichen Pioniere von Rochdale als die Grundlage ihrer Wirtschaft einmal festgestellt, es müsse der Tagespreis ohne jeden spekulativen Aufschlag gefordert und die Barzahlung, die Ausschaltung des Kredites, verlangt und durchgesetzt werden. Eine gemeinwirtschaftliche Gesellschaft ist wie eine Familie. Wenn ein Glied der Familie mehr verbraucht als ihm zukommt, dann lebt es auf Kosten der anderen Familienmitglieder, dann wird es ein Schädling der Gemeinschaft.

Solche Wirtschaftlichkeit muß erzogen werden und deshalb brauchen wir innerhalb der bestehenden Gesellschaft schon Keimzellen, die nach den kommenden Grundsätzen arbeiten und die Masse für die neuen Einrichtungen gewinnen.

Und nun noch die letzte Frage, die wir betrachten wollen, bevor wir zusammenfassen, was wir erfahren, die Frage, wie wir diese Gemeinwirtschaft finanzieren, wie wir das Kapital der Gemeinwirtschaft schaffen, denn erst in einem späteren Entwicklungsstadium werden wir vielleicht in einer gemeinwirtschaftlich organisierten Gesellschaft auf das Geld verzichten können. Solange brauchen wir Geld, denn Geld ist Betriebskapital, ist Blut für das Leben der Wirtschaft.

Die beiden demokratischen Methoden, die wir haben, bewähren sich in normalen Zeiten bei stabilem Geldwert außerordentlich und wir können sie ruhig in das Gebäude unserer Wirtschaft einführen und solange bestehen lassen, bis wir durch eine restlose Organisation der Wirtschaft dazukommen, neue Formen des Geldverkehrs zu finden.

Diese beiden Methoden sind die Finanzierung durch den Staat und die Stadt durch Steuergelder und die Finanzierung durch das Mitglied in der Genossenschaft. Beide Methoden haben auch in der Zeit der Geldentwertung ihre Widerstandskraft behauptet, natürlich nur im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Voraussetzung. Wenn die deutschen Konsumgenossenschaften imstande waren, eine höhere Aufwertung der Spareinlagen als die vom Gesetz verlangten 10 Prozent zu leisten, so nur weil sie ihre Geldmittel schon in der Vorkriegswirtschaft gut verwaltet und in wertvollen Sachgütern angelegt hatten. Auch Städte und kleinere Gemeinden haben es oft verstanden, die Krisenzeiten gut zu überstehen, vor allem weil sie, wie wieder die Gemeinde Wien, verstanden haben, durch besondere Gesetze die Steuerleistung der Geldentwertung anzupassen. In normalen Zeiten kann jede größere Gebietskörperschaft Geld in Betrieben investieren, weil sie dadurch entweder billigere Lieferungen von Material erhält, das sie für ihre Verwaltungsaufgaben braucht, oder weil sie durch den Reingewinn einen Teil des investierten Kapitals zurückgewinnt. In normalen Zeiten kann aus solchen Betrieben Reingewinn fließen, der sogar zu einer Verringerung der Steuern führen kann. Ob die Gebietskörperschaft den privaten Kapitalisten arbeiten läßt und ihm dann einen Teil seines Gewinnes in der Form von Steuern abnimmt, eine Form, die durch die Steuermoral der Unternehmungen wesentlich in ihrer Ergiebigkeit verringert wird, oder ob sie den Reingewinn direkt nimmt, das hat nur für das kapitalistische Prinzip, nicht aber für die Staatswirtschaft an sich Bedeutung. Auch hier hat die Gemeinde Wien durchaus gute Erfahrungen gemacht und ein brauchbares Vorbild geschaffen.

Sie hat die Steuergelder zu wertvollen Investitionen verwendet, hat dadurch den Arbeitslosen Arbeit gegeben und dem Gesamtwohl gedient. Der „Steuersadismus“ der roten Gemeinde, wie er von den Besitzenden genannt wird, war eine Quelle des sozialen Fortschritts und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

Ebenso bewährt sich die genossenschaftliche Methode ausgezeichnet. Das größte Handels- und Produktionsunternehmen, das wir in der Welt haben, die englische Großeinkaufsgesellschaft, die 117 Fabriken, Landgüter, eine große Bank sowie Tee- und Oelplantagen in Uebersee betreibt, hat ihr Kapital vor allem aus den Anteilen und den Spareinlagen ihrer Mitglieder und den Reserven ihrer Betriebe gewonnen.

Neue Formen der Geldbeschaffung stellen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbanken dar, die in den letzten Jahren in vielen Staaten entstanden sind und die wertvolle Sammelstellen der kleinen Geldsummen darstellen, ähnlich wie die Raiffeisenkassen für die landwirtschaftliche Bevölkerung.

Es ist durchaus nicht richtig, daß die Geldmittel der Arbeiter und Angestellten zu klein sind, um solche Unternehmungen zu finanzieren, wenn es normale Zeiten wertbeständigen Geldes sind. Auch hier hängt alles von der Organisation ab: wenn wir jeden Arbeiter und Angestellten individuell erfassen, damit er seine Spargelder seinen Instituten zur Verfügung stellt, dann erhalten wir nicht unbedeutende Beträge. Diese mehren sich außerordentlich, wenn die Kassierer aller Ortsgruppen und lokalen Organisationen nicht mehr die Kasse daheim im Kasten haben, sondern nur den Einzahlungsschein, mit dem sie alle Geldmittel dem zentralen Kreditinstitut zuführen und in den Reihen der Organisationen ein möglichst bargeldloser Verkehr platzgreift. Wie jeder Kaufmann, wie jeder Fabrikant, wird auch die Konsumgenossenschaft, die gemeinwirtschaftliche Anstalt und der verstaatlichte Betrieb ihre Finanzkraft aus der Produktion und dem Warenverkehr schöpfen und Rücklagen für die Vermehrung des Betriebskapitals machen müssen. Alle diese Geldmittel werden, wenn dazu noch der Geldverkehr der sozialistisch verwalteten Gemeinden kommt, eine große wirtschaftliche Organisation finanzieren können. Allerdings nur, wenn sie ihre Arbeitsmethoden anders einrichten als die privaten Banken, die heute weit mehr Geldmittel für die Spekulation als für die Produktion aufwenden. Dr. Renner hat dem österreichischen Finanzministerium zur Begründung des Ansuchens um die Bewilligung der Errichtung der österreichischen Arbeiterbank ein ausführliches Exposé überreicht, in dem er ausführt, welche anderen Aufgaben diese Bank gegenüber allen privatwirtschaftlichen Banken hat. Sie soll einmal ein Sammelbecken aller Geldmittel sein, sie soll zum andern der Ausgleichsfonds zwischen den Geldmitteln der einen Organisation und dem Geldbedarf der andern sein. Nicht die Ausnützung der Spekulation ist ihre Grundlage, sondern die *Organisation des Geldverkehrs* zwischen den Kassen der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft.

Wenn wir in diesem Geldverkehr alle Geldmittel der Gemeinden und Länder, der Versicherungsinstitute, der bestehenden Betriebe, die wir verwalten oder an deren Verwaltung wir Anteil nehmen, wenn wir diese ganze Summe an finanzieller Kraft vereinen könnten, dann wäre es möglich, eine sehr große Wirtschaft zu finanzieren, da ja jeder Betrieb in normalen Zeiten durch seine notwendigen Rücklagen neue Geldmittel immer wieder bereitstellt. Wie groß die Geldmittel sind, die den Genossenschafts- und Arbeiterbanken zugeführt werden können, zeigen, daß in Amerika jährlich 30 Milliarden Dollar an Gehälter und Löhnen ausgezahlt werden. Die Spargelder kleiner Leute, die in den amerikanischen kapitalistischen Banken eingelegt sind, sollen nach den Angaben der amerikanischen Arbeiterbanken 53 Mil-

liarden Dollar betragen. Wenn wir uns einen Augenblick vorstellen, daß wir jährlich aus dem Einkommen der Arbeiter und dem der Landwirte Spareinlagen schöpfen können, die in den Konsumgenossenschaften, in den Raiffeisenkassen und in den Arbeiterbanken aufgeschätzt werden, dann erhalten wir im Laufe der Entwicklung gewiß Summen, die eine umfangreiche Produktion tragen und finanzieren können.

Allerdings wird auch hier die Erziehung der Massen zur Wirtschaftlichkeit eine wesentliche Voraussetzung des Erfolges sein. Die Lehre, daß der einzelne nur soviel verzehren kann, als er imstande ist zu erwirtschaften, die das tägliche Leben diesem einzelnen verständlich macht, diese Lehre muß die Gesamtheit begreifen. Wie die Hausfrauen verstehen lernen müssen, daß die Gewinne der Konsumgenossenschaft nicht restlos als Rückvergütung ausgeschüttet werden dürfen, daß wir Reserven brauchen und Rücklagen aufschätzen müssen, um gegen alle wirtschaftlichen Krisen gefeit zu sein, so werden wir Käufer und Lohnempfänger für die besonderen Aufgaben der Wirtschaft schulen müssen. Nicht durch das Wort, sondern indem wir sie teilnehmen lassen an der Tat. Jede verantwortungsbewußte Verwaltung wird, und selbst in Sowjetrußland ist es geschehen, Verständnis für die Gesteungskosten der Produktion bei Käufern und Produzenten erwecken müssen. Unter den Gesteungskosten kann niemand verkaufen, auch die Gemeinwirtschaft nicht, deshalb müssen alle Mitarbeiter die Gesteungskosten, ihre Zusammensetzung, die Notwendigkeit ihrer Kontrolle, die Bedeutung des Leerlaufes und die Art der Zwischenkosten begreifen, alles Fragen, die heute sowohl die Gewerkschaften wie die Genossenschaften ihren Mitarbeitern verständlich machen müssen.

Es ist noch nicht statistisch festgestellt, wie groß die Geldmittel sind, die heute nicht in Banken und privaten Geldinstituten, sondern in den genossenschaftlichen und gemeindlichen Sparinstituten liegen. Eine sehr unvollkommene Statistik, die mehr ein Versuch als eine umfassende Erhebung darstellt, hat die internationale Bankkommission des internationalen Genossenschaftsbundes zusammengestellt. Danach sind in 27 Ländern in den Konsumgenossenschaften allein 500 Millionen Dollar an Spareinlagen aufgestapelt. Wenn wir alle Summen erfassen könnten, würden wir sehen, wie groß heute bereits das Kapital ist, das dem direkten Einfluß der Privatwirtschaft entzogen ist und dessen Funktion äußerlich wohl noch die gleiche ist, dessen Ziel aber Mithilfe am Aufbau gemeinwirtschaftlicher Betriebe und Unternehmungen ist.

Wenn die deutschen Gewerkschaften nun daran gehen, alle wirtschaftlichen Betriebe sämtlicher Gewerkschaften festzustellen, sie

in einer großen Holdingsgesellschaft zu vereinigen und die Bank für Arbeiter und Angestellte diese Gruppe finanziert, entsteht wieder eine gemeinwirtschaftliche Vereinigung, eine Insel im Meer der kapitalistischen Produktion.

Neben den Genossenschaftsbanken stehen die Staatsbanken, die für die Wirtschaft das entscheidende Ventil sind und deren Verwaltung gewiß für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft die größte Bedeutung besitzen. Versucht doch heute selbst die kapitalistische Gesellschaft, eine Zusammenarbeit aller Notenbanken zu erreichen, weil sie hofft, durch die Regelung des Zinsfußes, durch die Regulierung von Zu- und Abfluß der Geldmengen eine größere Stabilität in der Wirtschaft zu erreichen. Wer jemals erlebt hat, wie groß der Einfluß des Zinsfußes für Leihkapital auf die Produktion ist, der wird verstehen, wie wertvoll die Mitbestimmung über die Staatsbanken für die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen sein kann.

Je größer der Anteil der Arbeiter und Angestellten an der Staatsverwaltung wird, um so leichter kann sie auch hier Einfluß nehmen, kann sie die Produktion der Nation mitbestimmen durch die Teilnahme an der Verwaltung der Staatsbank. Gerade in Oesterreich hat der Kampf der Arbeiterkammer um die Herabsetzung der Bankenkonditionen, die Anträge, die ihr Vertreter Stern im Verwaltungsrat gestellt hat, deutlich gezeigt, wie wir unsere wirtschaftliche Existenz schützen können, wenn wir zur Beherrschung des Finanzmarktes unsere Tätigkeit genau so anwenden wie auf die Beherrschung des Arbeitsmarktes, denn keiner kann ohne den anderen sich entwickeln. Die Zusammenarbeit, wie sie sich auch in Rußland ergeben hat zwischen der Staatsbank und der Genossenschaftsbank, wird sich in jedem von der Arbeiterschaft geleiteten Gemeinwesen ergeben. Sie muß sich zwangsläufig ergeben, weil beide gemeinsame Interessen haben.

Allerdings sind alle solchen Aufgaben nur zu lösen, wenn sich die Träger dieser Unternehmungen immer der hohen Aufgabe bewußt bleiben, die sie zu erfüllen haben. Sie haben nicht nur dem Heute zu dienen, sondern auch dem Morgen, der großen Zukunft, die wir zu bereiten haben. Wenn wir in unseren Instituten von diesem Wege abgehen, wenn wir unsere Aufgabe nur darin sehen, Geschäfte zu führen, so wie man andere Geschäfte auch führt, verlieren unsere Geschäfte jede Daseinsberechtigung. Hier muß nun die Kontrolle der Mitglieder, die Kontrolle der Organisation einsetzen. Mißtrauen ist die große Tugend der Demokratie. Ohne Demokratie können wir die neue Wirtschaft nicht errichten, deshalb müssen wir auch im geschäftlichen Leben die demokratische Kontrolle eindringen lassen. Sie muß uns nicht nur vor dem Ausgleiten auf neuen und schwierigen Wegen schützen, sie muß uns auch das Interesse, die Mitarbeit, die

Verteidigung durch unsere gesamte Mitgliedschaft in allen unseren Organisationen sichern.

Mannigfach sind die Aufgaben, die vor uns stehen. Nicht leicht wird eine neue Welt geboren, ein neuer Organismus geschaffen, dessen Wurzeln anders entfaltet werden müssen als alle, die die bestehende Gesellschaft tragen. Trotzdem graben sich diese neuen Wurzeln tiefer, schaffen sie immer mehr Erdreich zur Seite, damit der neue Baum gedeihen kann. Darüber darf auch das Jubelgeschrei nicht täuschen, das immer angehoben wird, wenn dort oder da einmal Experimente verunglückten. Vieles der letztjährigen Entwicklung war zwangsläufig, einfach aus der Not der Stunde geboren, aus dem Zusammenbruch der Wirtschaft diktiert. Trotzdem sich die bestehende Gesellschaft scheinbar behauptet hat, ist sie doch nicht mehr die Wirtschaft, die sie 1914 gewesen ist. Ihre innere Kraft ist nicht mehr dieselbe. Unsere junge organisierte Kraft auf allen Gebieten des gemeinwirtschaftlichen Lebens ist noch nicht stark, noch nicht entwickelt genug, um diese Situation restlos auszunützen, aber sie ist da und sie lebt. Sie lebt stärker und entwickelt sich rascher als es dem Beobachter manchmal erscheint.

*

Wir sehen: Wir dürfen nicht tatenlos auf die Stunde der Erfüllung warten, bis die Staatsmacht unser ist. Schon heute, schon in dieser Stunde können wir alle, auf welchem Gebiete wir immer arbeiten, die Wege der Zukunft bauen. Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeinden, Betriebsräte, alle sind Keimzellen der Zukunft. Der Staat wird einmal alle diese Keimzellen fördern müssen, er wird die Rechtsverhältnisse den neuen Zielen anpassen und neue Rechte geben müssen. Der Staat wird selbst nicht alle Betriebe führen, vielleicht alle, die er besitzt, von anderen Körperschaften gemeinwirtschaftlichen Charakters führen lassen. Alle Organisationen und alle, die dem großen Ziele dienen müssen, werden die Wege, die Aufgaben, die Methoden erkennen und studieren müssen. Nur wenn Masse und Führer, erfüllt von klarer Erkenntnis, erfüllt von der Solidarität für dieses Ziel, an die Arbeit gehen, können wir siegen. Es genügt nicht von der Zukunft zu reden, es gilt sie zu schaffen.

Gedruckt in der Buchdruck-Werkstätte G.m.b.H., Jena